

Reform der Krankenhausplanung

## Zeitplan für die Umsetzung steht

Landesgesundheitsminister Karl-Josef Laumann hat am 10. August in Düsseldorf den Fahrplan für die Umsetzung des neuen Krankenhausplans in Nordrhein-Westfalen vorgestellt. Dort sollen künftig nicht mehr Betten, sondern bestimmte medizinische Leistungsbereiche wie Augenheilkunde oder Leistungsgruppen wie Hüft- oder Knieoperationen geplant werden. Ziel ist es, eine flächendeckende Grundversorgung zu erhalten und zugleich eine Spezialisierung bei komplexen Leistungen zu fördern.

Startpunkt für die Umsetzung des neuen Krankenhausplans ist Laumann zufolge der 1. September. Dann gehen die Informationen für die anstehenden Planungsverfahren an die Krankenhäuser. Vom 17. Oktober an können die Krankenhäuser über eine elektronische Plattform ihre Vorstellungen zu ihrem künftigen Versorgungsauftrag darlegen. Am 17. November beginnen dann die konkreten Verhandlungen zwischen Krankenhäusern und Krankenkassen. Für eine Einigung haben die Partner sechs Monate Zeit. Am Ende entscheidet das Ministerium über den Versorgungsauftrag der einzelnen Kliniken.

Der politischen Unterstützung für das Reformprojekt ist sich Laumann sicher. „Die



Krankenhausreform in NRW: Das Bett hat als alleinige Planungsgröße ausgedient.

Foto: PeopleImages/istockphoto.com

neue Krankenhausplanung ist ein Schwerpunkt der gesamten Landesregierung“, sagte er. „Wenn das hier funktioniert, könnte das eine Blaupause für ganz Deutschland werden.“ Der Minister lobte zugleich, dass bei der Erstellung der neuen Rahmenvorgaben alle wesentlichen Akteure des Krankenhauswesens in NRW intensiv mitgewirkt hätten: Neben der Krankenhausgesellschaft stünden auch die Krankenkassen, die Pflege und die beiden Ärztekammern des Landes hinter dem Konzept (siehe auch Seite 3). **HK**

Psychiatrie-Kliniken

### Wirtschaftliche Lage kritisch

Über drei Viertel der psychiatrischen und psychosomatischen Kliniken in Deutschland beurteilen die wirtschaftliche Situation der vergangenen Jahre kritisch, ein Drittel erwartet für 2022 eine weitere Verschlechterung. Das ist das Ergebnis des Psychiatrie-Barometers 2021/2022 des Deutschen Krankenhausinstituts (DKI). Die Deutsche Krankenhausgesellschaft (DKG) fordert finanzielle Unterstützung vom Bund, kurzfristig in Form eines Inflationsausgleichs. Mindestvorgaben für das therapeutische Personal müssten sich zudem stärker am Bedarf der Patienten orientieren und ausreichend flexibel sein. Mehr unter [www.dkg-ev.de](http://www.dkg-ev.de). **jf**

Ärzte ohne Grenzen

### Rückschritte im Kampf gegen HIV

Die Coronapandemie sowie Lücken in der Finanzierung von HIV-Programmen führen zu einem Stillstand beziehungsweise Rückschritten bei den bislang erreichten Erfolgen im Kampf gegen HIV. Das sagte Bern-Thomas Nyang'wa, medizinischer Leiter von Ärzte ohne Grenzen (MSF) anlässlich der Welt-Aids-Konferenz Ende Juli. Die Hilfsorganisation kritisiert unter anderem den hohen Preis des Medikaments Cabotegravir (CAB-LA), das einer Infektion mit HIV/AIDS vorbeugen kann. MSF forderte den Hersteller auf, das Medikament für Menschen mit hohem Ansteckungsrisiko weltweit erschwinglich und verfügbar zu machen. **jf**

SPD

## Neues gesundheitspolitisches Programm vorgelegt

Wie das *Rheinische Ärzteblatt (RÄ)* in seiner Ausgabe vom 8. September 1972 berichtete, hatte ein Ausschuss des Parteivorstands der SPD einen Entwurf neuer „Gesundheits-

politischer Leitsätze“ vorgelegt. Den Ausschuss leitete die damalige Bundesgesundheitsministerin Käthe Strobel. „Stellvertretender Vorsitzender war der Bundestagsabgeordnete

Dr. med. Hans Bardens, der offenbar wesentlichen Einfluß auf die Vorlage genommen hat“, wie das *RÄ* vermutete. Denn in den Leitsätzen fehlten radikale Aspekte, das Gesundheitswesen komplett umzugestalten.

*Der Spiegel* bezeichnete die Leitsätze als „so pflaumenweich und konservativ, dass die Ärzte-Funktionäre frohlocken“ könnten. In den Leitsätzen bekannte sich die Partei zu den Grundsätzen der freien Arztwahl und der freien Berufsausübung der Heilberufe. „An dieser Aussage sollte man diese Partei auch in Zukunft messen, wenn wiederum von radikaleren Kräften nach einer Institutionalisierung oder Sozialisierung der Medizin gerufen wird“, kommentierte das *RÄ*. Die Leitsätze wurden wenige Monate vor der vorgezogenen Bundestagswahl 1972 veröffentlicht und können als Reaktion auf den unbedingten Widerstand der Ärzteschaft gegen radikalere Reformen verstanden werden. **bre**

**RA** VOR 50 JAHREN